

**Die Protokolle der Leitungsgremien der CDU  
in der SBZ, 1945–1949.  
Ein Editionsprojekt des Archivs für  
Christlich-Demokratische Politik\***

**Von Manfred Agethen**

1. Grundsätzliche Bemerkungen zu den Ost-CDU-Akten im Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Der Ost-CDU-Zentralbestand im ACDP umfasst alle wesentlichen archivalischen Quellen zur Gründung und Entwicklung der Partei und dokumentiert die Tätigkeit der zentralen CDU-Leitung vom Juni 1945 bis zur Vereinigung von West- und Ost-CDU Anfang Oktober 1990.<sup>1</sup> Insbesondere in der Phase ihrer ersten Vorsitzenden Andreas Hermes (Juni–Dezember 1945), Jakob Kaiser (Dez. 1945–Dez. 1947) und teilweise auch noch ihres Nachfolgers Otto Nuschke (Sept. 1948–Dez. 1957) sind diese Materialien der Union über den Bereich der SBZ hinaus für die Entwicklung der CDU in Gesamtdeutschland von grundlegender Bedeutung, weil das Schicksal Deutschlands nach dem verlorenen Weltkrieg, seine zukünftige politische Gestalt und die Frage einer möglichen Wiedervereinigung nach der Besatzungszeit in den ersten Nachkriegsjahren offen waren.

Seit Anfang der 50er Jahre wurde das Archiv beim Parteivorstand der Ost-CDU<sup>2</sup> in Berlin systematisch aufgebaut; erste Erschließungsarbeiten daran begannen allerdings erst 1972. Die Akten wurden Ende 1990/Anfang 1991 in mehreren Etappen aus der ehemaligen Parteizentrale der Ost-CDU in Berlin nach Sankt Augustin transferiert. Rechtliche Grundlage war ein Übergabevertrag der Ost-CDU mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vom September 1990.

---

\* Leicht erweiterte und (sparsam) mit Fußnoten versehene Fassung eines Vortrags, den der Verfasser bei der Sitzung des Arbeitskreises »Editionsprobleme des 20. Jahrhunderts« der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland (AHF) am 22. November 1999 in Berlin-Lichterfelde zum Rahmenthema »Editionen zur Geschichte der DDR« gehalten hat.

1 Manfred AGETHEN, *Die Akten der Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands im Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Eine Bestandsbeschreibung*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 309–311.

2 Der offizielle Parteiname war »Christlich-Demokratische Union Deutschland« (CDUD); als Abkürzung wurde aber seit den 50er Jahren fast ausschließlich »CDU« benutzt.

Der Bestand umfasst ca. 375 lfm., davon sind derzeit gut zwei Drittel durch EDV-erstellte Findbücher erschlossen.

Mit den Akten des Zentralen Parteivorstandes wurden auch die mehr oder weniger lückenhaften Bestände der CDU-Landesverbände 1945–1952 übernommen, in denen sich auch zahlreiche der hier in Frage stehenden Protokolle finden. Die Unterlagen der Landesverbände lassen das in den ersten Jahren durchaus nicht spannungsfreie Verhältnis der CDU-Landesgremien zur zentralen Ebene in Berlin und überhaupt die innerparteiliche Entwicklung erkennen. Auch die Akten der Bezirks- und Kreisverbände der Ost-CDU sind im ACDP vorhanden.

Die Akten des Zentralen Parteiarchivs der Ost-CDU sind Eigentum der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (SAPMO-BArch), die mit dem »Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes« vom 13. März 1992 eingerichtet wurde. Wie für die übrigen Bestände dieser Stiftung entfallen auch für die DDR-Parteiakten im ACDP die sonst üblichen Sperrfristen, außer bei unmittelbar personenbezogenen Akten. Das gesamte Archivmaterial der Ost-CDU ist also unmittelbar und für jedermann zugänglich.

Die Ost-CDU-Akten nehmen seit ihrem Transfer nach Sankt Augustin einen vorderen Platz – in manchen Jahren auch Spitzenplatz – in der Benutzungstatistik des ACDP ein. Schon zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten sind auf der Grundlage oder doch mit Hilfe dieser Materialien entstanden. Im Vordergrund des Interesses stehen dabei die Gründungs- und Anfangsphase der CDU in Berlin und in der SBZ und ihre sukzessive Gleichschaltung mit dem Willen der SED, sodann Kirchenfragen, die deshalb in den Quellen einen breiten Raum einnehmen, weil sich die CDU als »Partei von Christen für Christen« verstand und schließlich die Monate des Systemwandels in der DDR 1989/90, in denen die CDU zu ihren freiheitlich-demokratischen Traditionen und ihrem ursprünglichen Eigencharakter zurückfand.

## 2. Zeitgeschichtlicher Hintergrund des Editionsprojekts

Siegfried Suckut, einer der besten Kenner der DDR-CDU, hat vor wenigen Jahren anhand eindrucklicher Quellenbeispiele darauf hingewiesen, dass die kleineren Blockparteien neben der SED doch wohl mehr politischen Eigensinn entwickelten als bislang angenommen und dass sie nicht bloße Ausführungsorgane des SED-Willens waren, wie es das Bild von den »Transmissionsriemen« suggeriert.<sup>3</sup> Für die CDU in ihren ersten Jahren in der SBZ gilt das in

---

<sup>3</sup> Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen WEBER (Hrsg.), *Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur* (Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Bd. 27), München 1994, S. 101.

besonderer Weise. Zwar erlaubte die »Sowjetische Militäradministration in Deutschland« (SMAD) schon Anfang Juni 1945 die Bildung von »antifaschistischen« Parteien und Gewerkschaften, doch machte sie zugleich klar, dass diese ihrer Kontrolle und ihren Weisungen unterstünden. Es war von Anfang an klar, dass die kommunistischen Besatzer den sogenannten bürgerlichen Parteien, also CDU und LDP, keine wirkliche Autonomie zugestehen wollten. Bei der SMAD lag die gesamte Regierungs- und Verwaltungskompetenz der SBZ bis in die kleinsten Gemeinden hinein. Sie wollte in einem »antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungsprozess« das stalinistische Grundmodell von Sozialismus auf einen Teil Deutschlands übertragen. Sie bediente sich dabei ihres natürlichen ideologischen Bundesgenossen in Deutschland, der SED, die im April 1946 durch die Vereinigung von KPD und SPD entstanden war und deren Führungsanspruch sie uneingeschränkt unterstützte. Die SMAD kontrollierte und zensierte die Wahlveranstaltungen, verzögerte die Registrierung neu entstandener Ortsgruppen und reduzierte drastisch die Papierkontingente für CDU und LDP, wodurch deren Presse- und Werbearbeit stark eingeschränkt war.<sup>4</sup> Alles lief darauf hinaus, die bürgerlichen Parteien dem nach der Gründung der DDR auch verfassungsmäßig festgeschriebenen Führungsanspruch der SED zu unterwerfen. Der Zersplitterung und Schwächung des bürgerlichen Lagers sollte auch die Zulassung von zwei neuen, SED-hörigen Parteien im April und im Mai 1948 dienen, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD).<sup>5</sup>

Gegen diese Bestrebungen versuchten die »bürgerlichen« Politiker – oft unter hohem persönlichen Risiko – zunächst den Weg der Selbstbehauptung und des Widerstandes, wie er etwa in den berühmten Worten des CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser beim 2. Parteitag der SBZ-CDU Anfang September 1947 in Berlin zum Ausdruck kam: »Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des dogma-

---

4 Zu den Behinderungen und Benachteiligungen der bürgerlichen Parteien im Vorfeld der Kommunalwahlen sowie der Kreistags- und Landtagswahlen 1946 in der SBZ vgl. neuerdings Karl-Heinz HAJNA, *Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ, eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl* (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, Bd. 18), Frankfurt/M. (u.a.) 2000, v.a. S. 131–162.

5 Zu den Repressions- und Gleichschaltungsmechanismen gegenüber der CDU vgl. vor allem: Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg*, München 1998; Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), 2. korrig. Aufl., Düsseldorf 1991; Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953*, in: »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR: Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953; hrsg. von Jürgen FRÖLICH, Köln 1994, S. 47–72; Brigitte KAFF (Hrsg.), »Gefährliche politische Gegner«. *Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995; neuerdings auch: Ralf BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung, Programm, Politik*, phil. Diss. (masch.) Bonn 2000.

tischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen sein.«<sup>6</sup> Kaisers primäres politisches Ziel war die möglichst rasche Wiedervereinigung. Ein wiedervereinigtes Deutschland sollte eine »Brückenfunktion« zwischen Ost und West erfüllen. Daneben fanden sich starke »sozialistische« Züge in seinem Programm – straffe Planung des Wirtschaftslebens, Verstaatlichung von Bodenschätzen und Industriezweigen.<sup>7</sup> Doch betonte er dezidiert die völlige Wesensverschiedenheit vom atheistischen und klassenkämpferischen Marxismus, und er sperrte sich gegen die Anerkennung der Oder/Neiße-Linie und gegen die Teilnahme der SED-gesteuerten Massenorganisationen an den Blocksitzungen.<sup>8</sup> Kaisers Vorgänger als Parteivorsitzender, der frühere Reichsminister Andreas Hermes, war – zusammen mit seinem Stellvertreter Walther Schreiber – bereits im Dezember 1945 von den Sowjets abgesetzt worden, weil er sich gegen eine Bodenreform nach ihrem Gutdünken zur Wehr gesetzt hatte. Kaiser selbst und sein Stellvertreter Ernst Lemmer wurden Ende Dezember 1947 auf Druck der Sowjets vom Vorsitz der CDU entfernt – hauptsächlich wegen ihres Widerstandes gegen die von der SED initiierte Volkskongressbewegung –, der legal gewählte Hauptvorstand der SBZ-CDU wurde damit praktisch aufgelöst. Unter Kaisers und Lemmers Leitung hatte die CDU bei den Gemeinde- und Landtagswahlen 1946 trotz massiver Behinderungen durch die SMAD beachtliche Erfolge erzielt. Bei den Gemeindewahlen vom September 1946 erreichte die CDU in allen Ländern zwischen 15 und 20 % der Stimmen. Bei den Landtags- und Kreistagswahlen vom 20. Oktober 1946 waren die Erfolge noch größer, weil hier die Registrierungspflicht der Wahlvorschläge durch die SMAD entfiel; insgesamt erhielt die CDU bei den Landtagswahlen etwa ein Viertel aller Stimmen.<sup>9</sup> Sie wuchs von gut 65.000 Mitgliedern Ende 1945 auf über 218.000 Mitglieder Ende März 1947 und erreichte damit den höchsten Stand in ihrer Geschichte.<sup>10</sup>

---

6 Kaisers »Wellenbrecher-Rede« findet sich vollständig in: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-011-2180. Ausführlich zum 2. CDU-Parteitag: Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949*, Stuttgart (u.a.) 1969, S. 162-175.

7 In einer Rede bei einer Sitzung des Erweiterten Parteivorstands am 13. Febr. 1946 präsentierte Kaiser das Modell eines »Christlichen Sozialismus« bzw. eines »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« (ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2179). Die »sozialistischen« Züge fanden sich schon im Berliner Gründungsaufruf der CDU vom 26. Juni 1945; Druck u.a. in: *Christliche Demokraten der ersten Stunde*; hrsg. von der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR POLITISCHE BILDUNG UND STUDIENFÖRDERUNG, Bonn 1966, S. 1 f.

8 Vgl. Kaisers »Oppositionsrede« vor dem erweiterten CDU-Vorstand der SBZ und Berlins am 12. Juli 1947 (ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-489); vgl. auch die entspr. programmatischen Bekundungen der CDU vom Sommer 1946 in »Sondermaterial Nr. 5 (mit Nachtrag): »Unionspolitik in 130 Stichwörtern«, in: ACDP, Nachlass Karl Buchheim I-188-001/1.

9 Zu den Ergebnissen der einzelnen Parteien bei den SBZ-Wahlen des Jahres 1946 vgl. K.-H. HAJNA, (wie Anm. 4).

10 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-011-3857: Jahresdaten 1945-1989.

Michael Richter hat 1990 in seiner vielbeachteten Arbeit gezeigt, dass die CDUD dem Anpassungsdruck von SMAD und SED massiven Widerstand entgegensetzte – mindestens bis zur Gründung der DDR, in Ausläufern noch bis zum Herbst 1952. Da erkannte sie bei ihrem 6. Parteitag im Oktober in Berlin »vorbehaltlos« die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Aufbau des Sozialismus an.<sup>11</sup>

Die »bürgerlichen« Parteien waren bis zu diesem Zeitpunkt mindestens in ihren Leitungsebenen auf SED-Kurs gebracht worden; widerstrebende Köpfe wurden durch psychischen und physischen Druck, durch Amtsenthebungen, Aberkennung von Parlamentsmandaten, Parteiausschlussverfahren, Verhaftungen, Schauprozesse und Einschüchterungen vielfältiger Art ausgeschaltet oder entzogen sich dem Terror durch Flucht in den Westen. Bis zum Oktober 1950 verlor die CDU in der DDR ca. 25 Prozent ihrer Mitglieder.<sup>12</sup>

Auch Kaisers Nachfolger Otto Nuschke versuchte zunächst hinhaltenden Widerstand gegen den Gleichschaltungsdruck von SMAD und SED, zeigte aber doch deutlich größere Loyalitäts- und Kompromissbereitschaft.<sup>13</sup> Wegen dieser im Westen als sowjetfreundlich verstandenen Haltung trennte sich nach der Wahl Nuschkes zum Vorsitzenden der SBZ-CDU im September 1948 die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU<sup>14</sup> von der CDU in der SBZ; eine gesamtdeutsche CDU gab es damit nicht mehr. Nuschke verband mit seiner um Ausgleich bemühten Haltung primär die Hoffnung auf freie Wahlen in der Zone, ebenso die Landesvorsitzenden. Freie Wahlen, so glaubte man, hätten den Sieg der bürgerlichen Parteien gebracht und damit auch eine gesamtdeutsche Politik ermöglicht. Seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Nuschke wird in den Protokollen sichtbar, dass die CDU im Konfliktfall stets auf die Linie der SMAD und der SED einschwenkte und insofern für diese ein berechenbarer Faktor wurde. So stimmte die CDU-Führung nach anfänglichem Widerstreben auch der Gründung der DDR zu. Doch danach verschärften Sowjets und SED ihren Repressionskurs. Schon im Mai 1949 hatte Walter Ulbricht zum »revolutionären Kampf« gegen die bürgerlichen Parteien aufgerufen.<sup>15</sup> Die verspro-

11 Die entsprechende Parteitagsentschließung in: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-011–1056. Anerkennung der SED-Führungsrolle auch schon bei der Hauptvorstandssitzung vom 22. Juli 1952: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010–2051.

12 Wie Anm. 10.

13 Zu Nuschke vgl. neuerdings die Arbeit von Andreas SCHALÜCK, *Eine Agentur der Kirchen im Staatsapparat? Otto Nuschke und die Hauptabteilung »Verbindung zu den Kirchen« 1949–1953*, Berlin 1999; vgl. auch Hermann WENTKER, *Otto Nuschke (1883–1957)*, in: *Deutsche Politiker 1949–1969. 17 biographische Skizzen aus Ost und West*; hrsg. von Torsten OPPELLAND, 2 Bde., Darmstadt 1999, Bd. 1, S. 25–34.

14 Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd. 17), Düsseldorf 1991.

15 Vgl. M. RICHTER (wie Anm. 5), S. 186.

chenen freien Wahlen fanden nicht statt, die in den Leitungsebenen der Partei noch verbliebenen demokratischen Kräfte wurden gegen sowjettreue Funktionäre ausgetauscht.

### 3. Das Editionsprojekt

#### 3.1 Erkenntnisinteresse, zeitliche Erstreckung

Von diesen Prozessen, von der schwierigen Gratwanderung der Ost-CDU zwischen Widerstand und Anpassung zeugen im wesentlichen die zur Edition anstehenden Akten. Wir haben es also mit einer spannenden Zeit zu tun, in der der politische Gestaltungsraum für die bürgerlichen Parteien, damit auch die Deutsche Frage noch offen gehalten, zumindest der Versuch dazu gemacht wurde. Auffällig ist in den Quellen das intensive Drängen des Zonenvorstands auf die Einheit der CDU in Gesamtdeutschland sowie auf die nationale Einheit. Jakob Kaiser spricht in einer Vorstandssitzung vom 11. Januar 1947 geradezu von einer »Mission der Union, über die Zonengrenzen hinweg den Weg für eine Reichsverfassung zu ebnen.«<sup>16</sup> Bei dieser Mission gingen die Berliner Gründer davon aus, dass die in allen Besatzungszonen entstehenden CDU-Zirkel von der alten Reichshauptstadt aus geführt werden müssten. Folgerichtig sprachen sie von ihrer CDU-Geschäftsstelle immer als der »Reichsgeschäftsstelle«. Ähnlich sahen es auch die CDU-Landesvorsitzenden in der SBZ: Bei einer Sitzung in Halle am 19./20. April 1947 forderten sie, die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU müsse durch eine CDU-Reichsleitung ersetzt werden. Deren Standort könne nur der Sitz der alliierten Kontrollbehörde und einer später zu installierenden Reichsregierung sein – eben Berlin.<sup>17</sup> Und Heinrich Vockel, letzter Generalsekretär des Zentrums und Berliner Mitgründer der CDU, berichtete Ende November 1945 dem Gründungsausschuss, nachdem er Norddeutschland, Baden und Württemberg bereist hatte, um sich über die Fortschritte der Union zu informieren, dass man dort wie andernorts in der Einrichtung der Partei überwiegend dem Berliner Beispiel folge.<sup>18</sup> Bezeichnenderweise wurde das erste überzonale Treffen der Partei Mitte Dezember 1945 in Bad Godesberg von Berlin aus organisiert. Bei den westlichen Schwesterverbänden – insbesondere bei Adenauer im Rheinland – stieß der offensichtliche Führungsanspruch der Berliner Gründer auf wenig Gegenliebe.

---

16 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2037.

17 ACDP, CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt III-032-002/3.

18 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-708: Protokoll der Sitzung des Gründungsausschusses vom 29.11.1945.

Hatten anfangs der organisatorische Aufbau der Partei, die Finanzierung der Parteiarbeit, Personalfragen, Ernährungsprobleme, Bodenreform, Verwaltungsaufbau, Verhandlungen mit den übrigen Parteien, die Behandlung ehemaliger NSDAP-Mitglieder, das Flüchtlingsproblem, Pressefreiheit, Schul- und Bildungspolitik und der Aufbau der Landesverbände im Vordergrund der Parteiarbeit gestanden, kam es unter Jakob Kaiser zunehmend zu Auseinandersetzungen darüber, wie weit man sich in die Blockarbeit einbinden und dem Führungsanspruch der SED unterwerfen sollte. Man spürt die schrittweise Lähmung der Partei, ihre Umfunktionierung durch prokommunistische Kräfte, die sich als die »fortschrittlichen Kräfte« bezeichnen und behaupten, die eigentliche CDU zu repräsentieren.

Mit Beginn des Jahres 1948 wurde das Klima in den Entscheidungsgremien immer rauer. Die Eigenständigkeit in der Programmarbeit der Ausschüsse ging deutlich zurück, um so klarer zeigten sich die Zentralisierungstendenzen in der Entscheidungsfindung der Partei. Konnte der CDU-Hauptvorstand in seiner Sitzung vom 29. Juli 1948 dem Zweijahresplan der SED für 1949/50 noch eigene wirtschaftspolitische Vorschläge entgegensetzen,<sup>19</sup> so musste die Partei im Sommer 1950 ihre vorbehaltlose Zustimmung zu dem Fünfjahresplan der SED für 1951 bis 1955 signalisieren.<sup>20</sup> Die anfangs weitgehend freien Landesverbände bekamen immer häufiger Anweisungen aus der Zentrale. Mit der Gründung der DDR und der faktisch vollzogenen Gleichschaltung der CDU wurden die Sitzungen ihrer Leitungsgremien uniform und uninteressant. Schon nach dem Beschluss des Hauptvorstandes vom 1. März 1949, »den Massenorganisationen beizutreten und in ihnen aktiv mitzuarbeiten«,<sup>21</sup> liefen die Vorstandssitzungen und die des Politischen Ausschusses zunehmend nach dem gleichen Muster ab: Nuschke und Dertinger, also Parteivorsitzender und Generalsekretär hielten ein politisches Referat – meist mit außenpolitischem Akzent –, wobei mit Verschärfung des Kalten Krieges die Analysen immer einseitiger antiwestlich und sowjetfreundlich wurden.<sup>22</sup> Der Einschüchterungs- und Säuberungskurs gegenüber bürgerlichen Politikern wurde noch verschärft, es begann die massive Umgestaltung der Partei in eine zentral gelenkte Kaderpartei. Diskussionen fanden in den Sitzungen der Leitungsgremien der SBZ-CDU nicht mehr statt.

---

19 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2178: Verabschiedung des Wirtschafts- und Sozialprogramms der Union im Anschluss an das Referat des mecklenburgischen Wirtschaftsministers Siegfried Witte.

20 Vgl. Frank DIETZE, *Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952*, in: Michael RICHTER /Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2) Weimar-Köln-Wien 1995, S. 47–62, 60.

21 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2037.

22 Vgl. F. DIETZE (wie Anm. 20), S. 58.

Mit diesem Farbloswerden ergibt sich gleichsam zwangsläufig der Abschluss des Editionsprojekts mit dem Jahr 1949 bzw. mit der DDR-Gründung. Anhand der Protokolle der CDU-Leitungsgremien und der Ausschüsse lässt sich sehr genau die letztlich erfolglose Auseinandersetzung der neu entstandenen bürgerlichen Partei mit dem kommunistischen Besatzungsregime und der SED rekonstruieren; dieser wissenschaftliche Erkenntnisgewinn war das Hauptmotiv beim Herangehen an das Editionsprojekt. Zugleich entsprach das dem offensichtlichen Interesse der Benutzer des Archivs für Christlich-Demokratische Politik: Bei der Nachfrage nach den SBZ- und DDR-Akten stand und steht die Formierungsphase zwischen 1945 und 1949 eindeutig im Vordergrund. Zehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 ist das Interesse an einer intensiven Aufarbeitung der DDR und ihrer Vorlaufphase keineswegs zurückgegangen. Vieles deutet darauf hin, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit der SBZ/DDR-Geschichte nicht nur von einer breiten Öffentlichkeit in den Neuen Ländern gewünscht wird, sondern einem gemeinsamen Bedürfnis der Deutschen in Ost und West entspricht.<sup>23</sup>

### 3.2 Die Leitungsgremien und ihre Protokolle: Art und Menge; besondere Probleme; Editionsprinzipien

Ein besonderes Problem des Editionsprojekts liegt darin, dass es in den Jahren bis zur DDR-Gründung in der Leitungsstruktur der Partei zu häufigen Änderungen und damit zu starker Unübersichtlichkeit kam; die CDU brauchte einige Jahre, um eine leistungsfähige Führungsorganisation zu entwickeln.<sup>24</sup> Das dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass die Besatzungsmacht zweimal im besagten Zeitraum die Parteispitze absetzte. Die Unübersichtlichkeit wird noch dadurch erhöht, dass die Provenienzbezeichnung für die Bestände der zentralen CDU-Leitung in Ostberlin seit 1945 mehrfach wechselte: Reichsgeschäftsstelle, Parteileitung, Sekretariat des Hauptvorstandes oder Parteivorstand. Die Protokolle befinden sich nicht geschlossen in einem Bestand, sondern außer im Zentralen Parteiarchiv der Ost-CDU auch auf Landesverbandsebene oder in einzelnen Nachlässen wie Andreas Hermes, Johann Baptist Gradl oder Jakob Kaiser; zumindest muss man aus solchen Beständen Lückenergänzungen vornehmen oder durch Vergleich die authentische bzw. zu-

---

<sup>23</sup> Diese Einschätzung des ehemaligen Präsidenten des Bundesarchivs aus dem Jahr 1994 gilt auch heute noch: Friedrich KAHLENBERG, *Anmerkungen zur Problematik der Quellen zur Geschichte der DDR*, in: Jürgen KOCKA/Martin SABROW (Hrsg.), *Die DDR als Geschichte. Fragen, Hypothesen, Perspektiven* (Zeithistorische Studien, Bd. 2), Berlin 1994, S. 67–73, 70.

<sup>24</sup> Vgl. Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU (D)*, in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*; hrsg. von Martin BROZAT und Hermann WEBER, 2. Aufl. München 1993, S. 515–543, 517.

treffendste Fassung finden, wenn – was öfter vorkommt – zwei oder mehrere Versionen von einem Protokoll vorliegen.<sup>25</sup> Nur selten ist durch einen Vermerk auf dem Protokoll wie z. B.: »Ausführliche Fassung«<sup>26</sup> der Hinweis auf unterschiedliche Fassungen schon gegeben.

Das erste Leitungsgremium der Partei war der *Gründungsausschuss*, dessen Sitzungen seit Mitte Juli 1945 dokumentiert sind. Die Protokolle seiner beiden ersten offiziellen Sitzungen – am 26. Juni und vor dem 19. Juli 1945 – sind nicht mehr auffindbar. Über die Beratungen der Gründer vor dem 26. Juni gibt es gar keine Protokolle. Es steht aber fest, dass sich am 17. Juni im Berliner Westend in der Wohnung von Andreas Hermes in der Platanenallee 11 ein Kreis von etwa 15 Männern und Frauen getroffen hat, um konkret über die Gründung einer überkonfessionellen, christlichen Sammlungsbewegung und über einen Namen zu beraten, nachdem die SMAD mit Befehl vom 10. Juni 1945 die Bildung antifaschistischer Parteien erlaubt hatte; dies war die eigentliche Geburtsstunde der CDU in der SBZ und in Berlin. Am Tag zuvor war bereits ein kleinerer Kreis in der Wohnung von Kaiser zusammengekommen.<sup>27</sup> Schon Mitte Mai hatte Hermes einzelne Persönlichkeiten oder kleine Gruppen zu Gesprächen über eine mögliche Parteibildung in seiner Wohnung empfangen.<sup>28</sup> Wie in den anderen Besatzungszonen auch kamen viele der Berliner Gründerpersönlichkeiten aus dem Umfeld des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus; hier sind vor allem die Namen von Andreas Hermes, Walther Schreiber, Theodor Steltzer, Otto Lenz, Ferdinand Friedensburg, Hans Lukaschek, Jakob Kaiser und Elfriede Nebgen zu nennen. Der Gründungsausschuss war personell nicht exakt abgegrenzt, in der Regel nahmen nach der Aufnahme regelmäßiger Treffen ab Ende Juni etwa 10 Personen an seinen Sitzungen teil. Anfang Januar 1946 wurde er durch einen mit Satzung vom 4. Januar 1946 konstituierten *Hauptvorstand* abgelöst. Dieser umfasste anfangs 17 Mitglieder, es kamen aber rasch weitere hinzu, und an den Sitzungen nahmen jeweils bis zu 25 Personen teil. Teilnehmerlisten sind übrigens nicht bei allen Protokollen vorhanden, bei denen des Gründungsausschusses nie. Der Hauptvorstand tagte ein- bis zweimal im Mo-

<sup>25</sup> So etwa bei dem längsten der zu edierenden Protokolle, der Sitzung des Erweiterten Parteivorstands vom 29. Juli 1948: ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-1789 und VII-010-2491.

<sup>26</sup> ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-1789: Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 10. Oktober 1950.

<sup>27</sup> Die Bedeutung dieser beiden Tage geht aus der Tagebuchdarstellung Heinrich Krones, eines der Mitgründer klar hervor: Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher*. 1. Bd.: 1945–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 28), Düsseldorf 1995, S. 15 ff. Vgl. dazu auch zwei Briefe Jakob Kaisers an Emil Dovifat – beide Mitglieder des Hermes-Kreises – vom 14. und 18. Juni 1945: ACDP, Bestand Emil Dovifat I-171-001/2.

<sup>28</sup> Vgl. W. CONZE (wie Anm. 6), S. 16.

nat. Etwa ein- bis dreimal im Jahr, bei besonders wichtigen Entscheidungen, kamen je neun Vertreter aus den Landesverbänden hinzu; das war dann der *Erweiterte Hauptvorstand*. Mit der Absetzung der Parteivorsitzenden Kaiser und Lemmer Ende 1947 war auch der Hauptvorstand faktisch aufgelöst. An seiner Stelle wurde die Partei interimistisch von den Landesvorsitzenden geführt, die dazu wiederum einen in Berlin agierenden *Koordinierungsausschuss* eingesetzt hatten. Er bestand nur aus drei Mitgliedern: Otto Nuschke, dem designierten neuen Parteivorsitzenden, Generalsekretär Georg Dertinger und dem brandenburgischen Landesvorsitzenden Wilhelm Wolf. Er tagte etwa einmal im Monat, zusammen mit den Landesvorsitzenden. Mit Vorstandsbeschluss vom 15. Oktober 1947 wurde ein *Politischer Ausschuss* als internes Gremium des Hauptvorstandes eingerichtet. Er sollte die enge und ständige Zusammenarbeit zwischen dem Hauptvorstand und den Landesverbänden sicherstellen und sollte deshalb aus den vier Hauptvorstandsvorsitzenden und den sechs Landesvorsitzenden bestehen und mindestens ein Mal im Monat tagen.<sup>29</sup> Der Politische Ausschuss trat allerdings vorerst kaum in Erscheinung. Das dürfte damit zusammenhängen, dass nach Ausschaltung des Hauptvorstandes um Kaiser und Lemmer Mitsprache und Einfluss der Landesvorsitzenden in Gestalt des Koordinierungsausschusses ohnehin sichergestellt waren. Erst als beim 3. Parteitag im September 1948 wieder ein neuer Hauptvorstand etabliert und der Koordinierungsausschuss damit aufgelöst wurde, wurde der Politische Ausschuss als neues oberstes Leitungsorgan bestätigt.<sup>30</sup> Er umfasste etwa 10 Personen, dabei auch die Landesvorsitzenden, und traf die wichtigsten Leitungsentscheidungen. Der Hauptvorstand, der laut Satzung für die »Beschlussfassung in grundsätzlichen politischen Fragen während der Zeit zwischen den Parteitagen« zuständig war, diente fast nur noch dem Zweck, die im Politischen Ausschuss getroffenen Entscheidungen zu bestätigen.

Die Protokolle dieser Gremien: Gründungsausschuss, Hauptvorstand, Erweiterter Hauptvorstand, Koordinierungsausschuss und Politischer Ausschuss kommen also für das hier vorgestellte Editionsprojekt in Betracht. Erst in den 50er Jahren wird auf Zentralebene das Sekretariat des Hauptvorstandes (SHV) wichtig. Zwar formal auch nur – wie der Politische Ausschuss – ein Organ des Hauptvorstandes, wurde es doch zur eigentlichen Machtinstantz, denn es bereitete die im Politischen Ausschuss zu erörternden Vorlagen vor und überwachte die Durchführung seiner Beschlüsse.

Dazu kommen noch die Protokolle der Ausschüsse. Diese wurden zwischen Ende Juli und Ende August 1945 gebildet, und sie waren für die politische

<sup>29</sup> ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-489.

<sup>30</sup> ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2037: Protokoll der Hauptvorstandssitzung vom 1. Okt. 1948.

Arbeit der Partei von besonderer Bedeutung. Denn in ihnen wurde deren Haltung zu bestimmten politischen Sachthemen festgelegt. Es gab anfangs vier Ausschüsse – Recht, Wirtschaft, Finanzen und Organisation –, später kamen die für Personalpolitik, Presse, Sozialpolitik, Frauen und Kultur hinzu. Sie hatten je ca. 10 Mitglieder und kamen in sehr unterschiedlichem Rhythmus zusammen – einmal wöchentlich oder auch nur alle paar Monate. Berichte aus der Arbeit der Ausschüsse finden sich immer wieder auch in den Vorstandsprotokollen. Die Ausschussprotokolle sollen bei dem Editionsprojekt Berücksichtigung finden, aber sie müssten in einem gesonderten Band veröffentlicht werden.

Auch die Anlagen zu den Protokollen (meist: Entschließungen, Eingaben, Referate) sollen, soweit auffindbar, mit aufgenommen werden, jedenfalls die wichtigsten. Im Gegensatz zu den Protokolltexten selbst soll in den Anlagen gelegentlich gekürzt werden. Anlagen, die nicht aufgenommen werden, werden in einer Fußnote nachgewiesen und resümiert. Auf die Anlagen wird in den Protokollen in der Regel verwiesen, aber sie sind keineswegs immer dabei. Wenn man sie umgekehrt separat findet, sieht man ihnen nicht unbedingt an, dass sie ursprünglich als Anlagen zu einem Protokoll entstanden sind. Oft sind sie inhaltsschwer – etwa wenn es sich um eine Entschließung der Partei zum »Christlichen Sozialismus« handelt, während das Protokoll selbst dieses Thema nur in wenigen Worten abhandelt.<sup>31</sup> Die Zusammenführung von Protokollen und Anlagen ist nicht immer einfach.

Die Art der Protokolle ist unterschiedlich. Überwiegend sind es Verlaufsprotokolle, gelegentlich Wort-, manchmal nur Ergebnisprotokolle. Entsprechend differiert der Umfang. Einige Protokolle sind schwer lesbar, weil nur der vierte oder fünfte Durchschlag eines maschinenschriftlichen Originals erhalten ist. Beim Großteil der Stücke ist das Schriftbild so schlecht, dass ein Einscannen zur Erstellung einer authentischen Druckvorlage nicht möglich ist. Alle Protokolle – insgesamt gut 120, ohne die der Ausschüsse – müssen also zunächst abgeschrieben werden. Das ist sehr zeitaufwendig und mit den personellen Möglichkeiten im Archiv für Christlich-Demokratische Politik kaum zu schaffen. Deshalb geht die Arbeit an den Protokollen langsam voran.

Die Texte der Protokolle werden stets ungekürzt abgedruckt. Offensichtliche orthographische Fehler oder sprachliche Unzulänglichkeiten werden stillschweigend korrigiert. Sprecher werden typographisch hervorgehoben, was die Suche nach ihnen erleichtert und vor allem längere Dokumente übersichtlich strukturiert. Sprecher wie überhaupt alle im Text vorkommenden Personen erhalten bei ihrer ersten Nennung eine biographische Anmerkung. Die

---

31 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU VII-010-2179: Sitzung des Erweiterten Hauptvorstandes vom 13. Febr. 1946.

Beschaffung biographischer Angaben oder das Erstellen biographischer Skizzen zu den vorkommenden Personen ist nicht immer einfach – insbesondere, wenn sie über ihr Wirken auf der CDU-Ebene hinaus kaum bekannt geworden sind. Unter anderem wird die Recherche dadurch erschwert, dass es in der DDR keine Staatshandbücher gab. Zahlreiche und in der Regel zuverlässige biographische Daten finden sich im SBZ-Handbuch.<sup>32</sup> Das biographische Handbuch von Baumgartner/Hebig ist ebenfalls ein nützliches Hilfsmittel, doch leider wertet es nur gedruckte Quellen und Literatur aus.<sup>33</sup> Zu vielen Namen kann man nur über Spezialpublikationen etwas finden, die aber zum CDU-Umfeld dieser Jahre vorerst auch nur dünn gesät sind. Hier ist im wesentlichen an die schon erwähnten Arbeiten von Manfred Wilde und Michael Richter zu denken, wobei erstgenannter allerdings leider auf ein Personenregister verzichtet.<sup>34</sup> Dagegen verfügt die Dissertation von Ralf Baus über die SBZ-CDU in den Jahren 1945 bis 1948 über einen ausführlichen biographischen Anhang.<sup>35</sup> Was die der kommunistischen Repression unterworfenen CDU-Mitglieder betrifft, so hat das Archiv für Christlich-Demokratische Politik in jüngster Zeit eine höchst verdienstvolle Dokumentation zusammengestellt. Sie enthält biographische Abrisse zu mehr als 2000 Christlichen Demokraten, die in der Zeit von 1945 bis zum Mauerbau 1961 verfolgt und verhaftet wurden.<sup>36</sup>

Insgesamt werden die Quellen eher sparsam kommentiert. Nicht allgemein bekannte Ereignisse oder Institutionen oder wenig gebräuchliche Begriffe werden natürlich erläutert. Auch soll versucht werden, in den Vorlagen angesprochene Vorgänge oder Texte zu verifizieren.

Von den zu edierenden Texten sind nur sehr wenige bereits an anderer Stelle gedruckt. Siegfried Suckut hat in einem 1982 erschienenen Beitrag zu den Anfangsjahren der CDU in der SBZ/DDR einige wichtige Quellenstücke abgedruckt, darunter auch Auszüge aus Protokollen und Beschlüssen der Vorstandsgremien.<sup>37</sup> Die DDR-CDU gab anlässlich ihres Zusammenschlusses mit der West-CDU Anfang Oktober 1990 ein Heftchen mit einer maschinenschrift-

32 *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 24), S. 858–1065.

33 Gabriele BAUMGARTNER/Dieter HEBIG (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der SBZ/DDR, 1945–1990*, 2 Bde., München 1995–1997.

34 Beide wie Anm. 5.

35 R. BAUS (wie Anm. 5); S. 585–599.

36 Günter BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation*; bearb. von Brigitte KAFF und Franz-Josef KOS, Düsseldorf o.J. (1998).

37 Siegfried SUCKUT, *Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952)*, in: Hermann WEBER (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950*, Köln 1982, S. 117–178.

lichen Abschrift der Protokolle des Gründerkreises heraus – ohne jede Kommentierung. Es wurde aber nur in sehr geringer Stückzahl aufgelegt und nur parteiintern verbreitet.<sup>38</sup>

### 3.3 Bearbeitungsstand

Was den Bearbeitungsstand betrifft, so ist das Projekt etwa zu zwei Dritteln gediehen. Sämtliche Protokolle sind mit ihrem Fundort erfasst, die Anlagen gut zur Hälfte. Einige Protokolle und zahlreiche Anlagen müssen noch textlich erfasst werden, der Anmerkungsapparat steckt noch in den Anfängen. Voraussichtlich wird das Projekt bis zum Ende des Jahres 2001 abgeschlossen sein.

---

<sup>38</sup> »Echte Idee der Union«. *Protokolle des Berliner Gründerkreises der CDU 1945. Eine Gabe der DDR-CDU an den ersten gemeinsamen Parteitag der CDU in Hamburg*, o.O., o.J. (Berlin 1990).